

1. Wie beurteilt Ihre Partei den aktuellen Entwicklungsstand der brandenburgischen Hochschulen, insbesondere hinsichtlich Studienplatzkapazität, Fächerspektrum, Forschungsstärke sowie regionaler Verteilung?

Wir schätzen unsere Brandenburger Wissenschafts- und Hochschullandschaft, die zwar mit acht staatlichen Hochschulen und knapp 50.000 Studenten zu den kleineren in Deutschland zählt, was die enorme Aufbauleistung der letzten 30 Jahre aber in keiner Weise schmälert.

Wir glauben, dass 50.000 Studenten in Brandenburg keine Obergrenze darstellen müssen. Dabei sehen wir, dass insbesondere die Hochschulen für angewandte Wissenschaften einer Wachstumsperspektive mit einer klaren Unterstützungsstrategie der Landesregierung bedürfen, ohne dabei die Universitäten zu vergessen oder zu schwächen. D. h. wir wollen die Kapazitäten an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften aufbauen und stärken, die Kapazitäten an den Universitäten bei steigender Finanzierung stabil halten.

Wir treten für die Freiheit von Forschung und Lehre ein und freuen uns sehr über das breite Fächerspektrum der Hochschulen in Brandenburg. Gleichzeitig wünschen wir uns natürlich auch, dass das Fächerspektrum unter anderem auch die regionalen Bedürfnisse berücksichtigt, was bisher leider in einigen Fällen noch nicht ausreichend gelungen ist.

Wir sehen, dass die Brandenburger Hochschullandschaft noch nicht zu den forschungsstärksten in Deutschland gehört, auch wenn wir eine sehr positive und sehr rasante Entwicklung beobachten können. Um die Forschungsstärke der Brandenburger Hochschulen voranzubringen und zur Spitzengruppe aufzuschließen, brauchen wir eine gemeinsame Anstrengung, um die Forschung in Brandenburg zu fördern und zu stärken. Wir wollen dafür zum einen, dass der Bund Forschungsausgaben künftig steuerlich berücksichtigt und zum anderen, dass die Hochschulen durch eine öffentliche Forschungsförderung des Landes stärker unterstützt werden. Dabei wünschen wir uns auch eine noch engere Zusammenarbeit mit den außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Brandenburg, von denen wir einen weit überdurchschnittlichen Anteil im Land haben.

Ein einfacher Blick reicht aus, um zu erkennen, dass sich die Hochschulen und die außeruniversitären Forschungseinrichtungen vor allem im Berlinnahen Raum und in Potsdam konzentrieren. Wir wünschen uns natürlich, dass die Brandenburger Wissenschafts- und Forschungslandschaft auch in die Fläche ausstrahlt. Dazu werden wir zum einen die Kooperationen zwischen außeruniversitären Forschungseinrichtungen mit peripheren Hochschulen fördern und weiter aktiv die Ansiedlung von Forschungseinrichtungen, An-Instituten und Dependancen in der Region unterstützen.

2. Wo sehen Sie Reformbedarf in Bezug auf das Brandenburgische Hochschulgesetz?

Das Brandenburger Hochschulgesetz entspricht in seiner derzeit gültigen Fassung nicht einem modernen Hochschulgesetz, das grundsätzlich auf die Hochschulen vertraut. Daraus folgt, dass wir bei der Novellierung des Brandenburger Hochschulgesetzes überwiegend von Anzeigepflichten ausgehen werden und Genehmigungspflichten die Ausnahme darstellen sollen. Um die Autonomie zu erhöhen, werden wir bei der Novellierung des Brandenburgischen Hochschulgesetzes nicht nur den Landeshochschulrat aufwerten und stärken, sondern auch eine erweiterte Erprobungsklausel einführen, um den Hochschulen zu ermöglichen, verschiedene Governancestrukturen auszuprobieren. Dabei bauen wir auch auf Ihre Ideen wie zum Beispiel die Einrichtungen von Hochschulräten, die eigene Berufung von Professoren oder die Übertragung der Hochschulliegenschaften und so weiter.

3. Wie stellen Sie sich die künftige Finanzierung der Brandenburger Hochschullandschaft vor, um ihre Wettbewerbsfähigkeit weiter zu steigern und exzellente Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu gewinnen und zu halten?

Wir wollen eine kontinuierliche Steigerung der Hochschulmittel, die sich an der Entwicklung des Bruttosozialprodukt und an der Entwicklung des Landeshaushaltes orientiert. Dabei werden wir auch darauf achten, die nicht zweckgebundenen Zuweisungen an die Globalhaushalte zu erhöhen, während die zweckgebundenen Mittel zur Profil- und Strukturbildung verringert werden. Wir werden auch die Leistungsvergütung für Professoren wieder stärker in den Mittelpunkt rücken.

4. Ein erheblicher Teil der sogenannten Rücklagen der Hochschulen resultiert aus Verzögerungen im Hochschulbau. Was plant ihre Partei, um die Realisierung von Hochschulbauvorhaben zu beschleunigen?

Wir werden in Modellversuchen mit ausgewählten Hochschulen die Übertragung der Hochschulliegenschaften auf die Hochschule erproben und damit einhergehend auch die Bauherreneigenschaft und Bauherrenrechte. Dadurch können die Hochschulen die Hochschulbauvorhaben zukünftig selbstbestimmt, schnell und flexibel angehen und Verzögerungen minimieren. Für die Hochschulen, die Übernahme der Bauherreneigenschaft nicht wünschen, werden wir die BLB so ertüchtigen und strukturell besser aufstellen, dass Bauvorhaben zukünftig schneller umgesetzt werden können.

5. Wie planen Sie die Hochschulen mit der zunehmenden Aufgabe bei der Übernahme von gesellschaftlicher Verantwortung für die Region (Third Mission) zu unterstützen? Welche hochschulrelevanten Maßnahmen der Standortförderung (z.B. Infrastrukturmaßnahmen, Gründungsförderung) planen Sie?

Wir werden insbesondere die Hochschulen für angewandte Wissenschaften zu Zentren und Motoren für Wirtschafts- und Regionalentwicklung machen, da wir gerade sie für besonders geeignet halten, sich in der Region zu verankern. Wir werden die Hochschulstandorte deshalb dabei unterstützen, Ausgründungen von Forschern und Studenten stärker zu fördern, regionalen Innovations- und Technologietransfer zu leisten und Fachkräfte zu binden. Universitäten als Bildungsstätten überregionalen Charakters müssen sich ebenfalls verstärkt dieser Strategie stellen.

Wir bedauern es sehr, dass durch die Zwangsfusion der BTU und der FH Lausitz eine Hochschule für angewandte Wissenschaften im Land Brandenburg praktisch abgewickelt wurde. Wir sind der Auffassung, dass die Transferstrategie der Landesregierung nicht nur auf dem Papier bestehen darf, sondern noch mit viel mehr Leben gefüllt werden und das insbesondere bei den Hochschulverträgen dieser Punkt eine noch größere Bedeutung bekommen muss. Das kann allerdings nur gelingen, wenn die Hochschulen die Bedarfe der Regionen tatsächlich ausreichend berücksichtigen.

6. Die Studienanfängerquote ist in Deutschland von 36,1 % im Jahr 2001 auf 55,9 % im Jahr 20118 gestiegen. Dies führt zu einer zunehmenden Heterogenität der Studentenschaft. Welche Vorstellungen haben Sie vor diesem Hintergrund, um den Übergang von Schule zu Hochschule bzw. zwischen Beruf und Hochschule erfolgreich zu gestalten?

Wir sind der Auffassung, dass die Heterogenität der Studentenschaft seine Ursache nicht nur in der Steigerung der Studienanfängerquote liegt, sondern vor allem mit der Qualität der schulischen Bildung

und dem Niveau des Abiturs zusammenhängt. Deswegen werden wir die Oberschulen stärken und das Niveau der Gymnasien anheben. Unser Ziel ist es, dass die Studienberechtigung, die mit der Allgemeinen Hochschulreife erworben wird, zukünftig auch wieder eine echte Studienbefähigung ist. Wir werden dieses in den Schulen wurzelnde Problem nicht auf die Hochschulen abwälzen. Wir sagen aber auch, dass wir die Hochschulen in den Fällen, in denen Migration, Internationalisierung und die geänderten Zulassungsvoraussetzungen die Ursache der Heterogenität sind, nicht alleine lassen. Wir werden hier dafür Sorge tragen die Hochschulen strukturell in die Lage zu versetzen, um mit den Herausforderungen der zunehmenden Heterogenität umzugehen. Dazu zählt unter anderem die stärkere und dauerhafte Unterstützung entsprechende Ansätze wie Colleges, Schnupperstudium, Brückenkurse und Einführungsveranstaltungen in der Studienvorphase.

7. Welche Konzepte haben Sie, um die soziale Situation der Studenten (sinkender Anteil der BAföG-Förderquote, Wohnungsmangel, zu wenig Mensaplätze etc.) zu verbessern und so auch Studenten aus Nicht-Akademikerhaushalten ein erfolgreiches Studium zu ermöglichen?

Die Kapazitäten an Wohnheim- und Mensa-Plätzen im Land Brandenburg sind an den meisten Hochschulstandorten prinzipiell ausreichend. Potsdam ist hier die Ausnahme. Wir sehen es als wichtig an, dass eine regionale Strukturpolitik die Hochschulen in und außerhalb der Ballungsräume im Blick behält und fördert.

Um die BAföG-Förderquote zu erhöhen hat die Bundesregierung unter Führung von CDU/CSU eine große Bafög-Reform auf den Weg gebracht. Durch sie wird der Bund mehr als 1,2 Milliarden Euro in den kommenden Jahren ausgeben, um Studenten finanziell zu entlasten und den Kreis der Leistungsbezieher zu erhöhen. Der Förderhöchstsatz wird mit der Reform von heute 735 Euro auf 861 Euro im Jahr 2020 um 17 Prozent erhöht. Parallel dazu steigen die Einkommensfreibeträge bis 2021 ebenfalls um fast 17 Prozent. Der Wohnzuschlag für alle BAföG-geförderten Studierenden, die nicht bei den Eltern wohnen, steigt sogar überproportional von derzeit 250 Euro auf 325 Euro monatlich – ein Anstieg um rund 30 Prozent. Zudem werden die Rückzahlungsregeln vereinfacht und nach spätestens 77 Monatsraten ist man schuldenfrei.

8. Soll der erste berufsqualifizierende Abschluss gebührenfrei bleiben? Welche Vorstellungen haben Sie zur Stärkung der Weiterbildung an staatlichen Hochschulen? Soll Weiterbildung durchweg gebührenpflichtig sein?

Wir werden auch in Zukunft dafür Sorge tragen, dass der erste berufsqualifizierende Abschluss an staatlichen Hochschulen in Brandenburg gebührenfrei bleibt. Wir sind darüber hinaus der Meinung, dass Bildung sich nicht nur auf die Schule oder die Hochschule beschränkt. Vielmehr ist in einer von beständiger Veränderung geprägten Welt lebenslanges Lernen erforderlich. Dabei gilt es Chancen und Möglichkeiten in den Vordergrund zu stellen und zu nutzen. Wir werden die Hochschulen als Orte lebenslangen Lernens und Orte der Weiterbildung unterstützen, wobei eine angemessene Beteiligung der Menschen an den Kosten einer Weiterbildung für uns kein Widerspruch ist. Um die Hochschulen bei der Vermittlung ihrer Weiterbildungsangebote zu unterstützen, könnten wir uns vorstellen in Zusammenarbeit mit allen interessierten Hochschulen eine virtuelle Hochschule für Brandenburg schaffen, denn wir sehen es als wichtige Aufgabe die Zugänge zur Weiterbildung zukünftig zu erleichtern, noch mehr Weiterbildungen auch berufsbegleitend anzubieten sowie das Weiterbildungssystem modular aufzubauen und möglichst kostengünstig anzubieten.

9. Brandenburg als internationaler Hotspot: Mit welchen Mitteln fördern Sie die Hochschulen auf dem Weg zur Internationalisierung? Welche Vorstellungen hat ihre Partei zur Stärkung der Willkommenskultur?

Wir erwarten von den Brandenburger Hochschulen, dass sie sich international aufstellen und einen wichtigen Beitrag zur Integration und zur internationalen Verständigung leisten, wofür wir sie strukturell und in ihrer Autonomie stärken. Wir würdigen, dass die Quote der Studenten mit ausländischer Hochschulzulassung in Brandenburg im deutschlandweiten Vergleich besonders hoch ist und dass die ausländischen Studenten als eine wichtige Brücke in ihre Heimatländer wirken. Wir werden deshalb die Hochschulen bei den Sprachkursen und der zügigen Anerkennung ausländischer Hochschulzulassungen unterstützen. Die Aufgabe der Politik ist es, dafür Sorge zu tragen, dass Brandenburg auch in Zukunft ein weltoffenes Land ist, das für Menschen aus der ganzen Welt attraktiv ist.

10. Welche Maßnahmen sieht ihre Partei als wichtig an, um die nationale Strategie für Künstliche Intelligenz der Bundesregierung für Brandenburg auszulegen?

Künstliche Intelligenz ist das Megathema der Wissenschaft und wir begrüßen es, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel dieser Bedeutung durch eine nationale Strategie Künstliche Intelligenz Rechnung trägt. Brandenburg verfügt durch die im Land ansässigen universitären und außeruniversitären Einrichtungen, wie dem HPI, dem IHP, dem GFZ, dem Big Data Center, dem SAP Innovation Center, den Hochschulen sowie den forschungsstarken Unternehmen, wie beispielsweise Rolls Royce über gute Voraussetzungen, um von der nationalen Strategie zu partizipieren. Dazu ist es wichtig, die Vernetzung zwischen den Einrichtungen im Land weiter zu fördern und sich mit guten Ideen an den ausgelobten Projekten zu beteiligen. Dabei müssen die zuständigen Ministerien, das MWFK und das MWE, wichtige Unterstützungsarbeit leisten. Mit den Beteiligten werden wir diskutieren, ob der Aufbau eines Clusters Künstliche Intelligenz Berlin-Brandenburg zusätzliche Impulse schaffen würde. Auch für die Lausitz bieten sich hier einige Chancen und es wäre zu prüfen, ob die Lausitz nicht zu einer Modellregion Künstliche Intelligenz werden könnte. Ein entsprechender Antrag zur Errichtung eines „Lausitz Zentrum für Künstliche Intelligenz“ wurde bereits an die Bundesregierung gestellt.